SIGNALARCHIV.DE

Aktuell

Berliner Resolution der Fahrgastverbände

aus SIGNAL 06/1989 (Juli 1989), Seite 5 (Artikel-Nr: 10001146)

IGEB

"ln den derzeit mehr als 100 Fahrgastverbänden der Bundesrepublik haben sich ständige und regelmäßige Benutzer der Bahn und des Öffentlichen Nahverkehrs zusammengeschlossen. - Sie unterbreiten den Verkehrsbetrieben sachlich fundierte und durchführbare Vorschläge zur Attraktivitätssteigerung und Verbesserung des Öffentlichen Verkehrs.
Sie setzen sich für eine eindeutige Bevorzugung von Bahnen und Bussen gegenüber dem privaten Autoverkehr ein. Als Lobby der Fahrgäste unterstützen sie die Verkehrsbetriebe bei der politischen Durchsetzung dieser Forderung.

Verkehrspolitik wird derzeit nur von den politischen Parteien gestaltet allenfalls unterstüzt von mächtigen Wirtschaftsverbänden. Die Fahrgäste als Betroffene dieser Politik werden bei keiner Entscheidung beteiligt. Die Verkehrsbetriebe und die Bahn wickeln ihren Betrieb im Rahmen der politischen Vorgaben fast ausschließlich unter kurzsichtigen Kostenaspekten ab. Die bequeme Betriebsabwicklung steht dabei vielfach im Vordergrund.

Fahrgastwünsche werden bestenfalls stichprobenweise ermittelt geschätzt, erraten oder unterstellt. Auf allen Stufen der Verkehrspolitik und des Betriebes werden Fahrgäste weder gehört noch beteiligt da sich jeder Entscheidungsträger selbst als kompetenter Fahrgast fühlt. Äußern sich zahlende Fahrgäste dennoch, so werden deren Vorstellungen meist als inkompetent oder undurchführbar zurückgewiesen. Eine eigene Vertretung der Fahrgäste in Politik und Verkehrsbetrieben gibt es derzeit nicht.

Der erste Bundeskongreß der Fahrgastverbände fordert daher: - die sofortige Einrichtung von Fahrgastbeiräten bei allen Verkehrsbetrieben unter Beteiligung der Fahrgastverbände. Die Verkehrsbetriebe müssen verpflichtet werden, hier Ihre Planungen rechzeitig offenzulegen und Anregungen, Bedenken und Wünsche der Fahrgastverbände entgegenzunehmen.
Fahrpläne und Linienführungen dürfen nicht länger ohne Beteiligung der Fahrgäste erstellt werden. Die Fahrgastverbände müssen deshalb zukünftig - wie jetzt schon die Personalvertretungen - Sin und Stimme in den Aufsichts- bzw. Verwaltungsräten der Verkehrsbetriebe erhalten. Es ist ein Skandal, daß im Verwaltungsrat der DB zwar Straßenspediteure, aber keine Fahrgäste sitzen.
Der Blick ins Ausland zeigt daß die vom Bundeskongreß der Fahrgastverbände aufgestellten Forderungen keineswegs unerfüllbar sind. ln Großbritannien bestimmen offiziell anerkannte Fahrgastverbände z.B. in den Verkehrsbetrieben von London und Manchester ebenso mit wie beiden Britischen Staatsbahnen. Dies muß auch in Deutschland möglich sein."
Die Resolution wurde vom ersten Bundeskongeß der Fahrgastverbände "FAHRGAST '89" am 4. Juni in Berlin verabschiedet

Dieser Artikel mit allen Bildern online:
http://signalarchiv.de/Meldungen/10001146.

© GVE-Verlag / signalarchiv.de - alle Rechte vorbehalten